

Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau, Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank: Bad Schandau 12 — Öffentliche Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Lageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinbennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Forstsdorf, Postelwitz, Proßen, Rathmannsdorf, Reinhardtisdorf, Schmiltz, Schöna, Waltersdorf, Wendischschöna, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiete, Inh. Walter Hiete Verantwortlich: R. Kohnlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Pettizeile 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamizeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Richterzeichen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 12 Bad Schandau Sonnabend den 15 Januar 1927 71. Jahrg.

Für eilige Leser.

* Seit Sonntag werden wieder zwei Münchener Skifläufer im Gebiete der Koken Wand vermisst.
* Der französische Innenminister hat das Einfuhrverbot von 15 deutschen Zeitungen und Zeitschriften aufgehoben.
* In großen Teilen Irlands herrschen gegenwärtig schwere Stürme, die außerordentlich großen Schaden angerichtet haben. Die Flüsse sind überall über die Ufer getreten. Häuser wurden abgedeckt, so daß mehrere Familien ihre Wohnungen räumen mußten. In der Irischen See hat die Schifffahrt sehr unter dem Wetter zu leiden.
* Wie halbamtlich gemeldet wird, dauern die Schneestürme in Zentralrussland weiter an. Der Schnee liegt teilweise 6 Meter hoch. Unweit Samaras ist ein Personenzug 5 Tage lang stecken geblieben.

Die wirtschaftliche Zukunft des Balkans

Von Theodor Blank, Sofia.

Die Wirtschaft der Staaten, die auf dem engen Raume der Balkanhalbinsel zusammengedrängt sind, hat seit Jahren mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Diese sind zweifellos die Folge der schweren Schädigungen durch die letzten Kriege, den Balkan- und den Weltkrieg, die den besonderen Verhältnissen des Balkans entsprechend, sehr stark zur Auswirkung kamen. Die Geißel dieser Kriege traf die Balkanvölker in einem Stadium wirtschaftlicher Entwicklung, in welchem sich zwar ihre mannigfachen Kräfte langsam zu regen begannen, eine sichere, durch äußere oder innere Erschütterungen unzerstörbare Grundlage aber noch nicht geschaffen war. Ferner darf man nicht vergessen, daß auch der Weltkrieg sich historisch auf dem Boden des Balkans selbst abspielte und vielerorts große Zerstörungen anrichtete. Und endlich mußte sich der Verlust wirtschaftlicher Werte bei der allgemeinen Armut an Kapital, an Mitteln überhaupt, in um so schwererer Weise auswirken.

Angesichts der hierdurch bedingten ungewöhnlich großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, angesichts der hohen Forderungen um Kredit, um Kapital für den Aufbau der Balkanländer, ist die Frage angebracht: Werden die einzelnen Balkanländer überhaupt imstande sein, ein wirtschaftlich lebensfähiges Gebilde zu formen, sind in ihnen noch genügend ungenutzte Kräfte, materielle und ideelle, vorhanden, daß man auf ihre zukünftige Entwicklung Hoffnung und Kapital setzen kann?
Der Westen — Mitteleuropa und Amerika — hat bisher geögert, große Werte auf dem Balkan anzulegen. Es mag dies in dem mangelnden Vertrauen zur Festigung der inner- und außenpolitischen Verhältnisse in den Balkanstaaten sowie zur Leistungsfähigkeit ihrer Bewohner begründet gewesen sein. Nun aber, nachdem der Westen — aus politischen Gründen und auf der Suche nach immer neuen Produktionsgebieten — seine Augen mehr als bisher nach Osten richtet, wird er sich unbedingt mit dieser Frage beschäftigen müssen.

Es liegt nahe, daß bei ihrer Entscheidung letzten Endes der Umfang der Reichtümer, die im Boden der Balkanhalbinsel selbst vorkommen, den Ausschlag geben wird.

Dem wesentlichen Charakter der Balkanländer als Agrarländer gemäß stehen die Werte, welche durch die Landwirtschaft ausgenutzt werden, im Vordergrund des Interesses. In dieser Hinsicht ist zunächst auffallend, daß die Oberfläche des kultivierten Landes in den letzten zehn Jahren nicht zugenommen, sondern, wenn man sich auf die statistischen Angaben verlassen darf, merklich abgenommen hat, obwohl noch ausgedehnte Gebiete dafür zur Verfügung stehen. An Boden für neues Kulturland fehlt es also nicht. Ferner drängt es sich dem Beobachter geradezu auf, in welcher Weise die vorhandene landwirtschaftliche Produktion noch entwicklungsfähig ist. Wer einmal mit eigenen Augen gesehen hat, mit welcher primitiven Methoden der Bauer gewöhnlich auf dem Balkan arbeitet, wie ihm seine Armut nicht gestattet, sich auch nur die einfachsten Hilfsmittel nutzbar zu machen, die seine schwere Arbeit erleichtern könnten, ja wie skeptisch er andererseits auf allen Neuerungen, zum Beispiel der Anwendung von Kunstdünger, der rationalen Feldwirtschaft überhaupt, gegenübersteht, dem wird es unmittelbar bewußt, wieviel Produktionskraft da noch verborgen liegt, die entwickelt werden könnte. Man kann getrost behaupten, daß die landwirtschaftliche Produktion sicherlich noch auf wenigstens das Einundeinhalbfache gesteigert werden kann, wenn man die Arbeitsmethoden modernisiert und allen in Betracht kommenden Boden nutzbar macht.

Neben der Steigerungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Produktion ist die Möglichkeit der industriellen Entwicklung durch Ausnutzung der sich darbietenden Möglichkeiten, wie — um nur die wichtigsten zu nennen — der Bodenschätze (Erze, Kohle, Petroleum), der Wäldungen, der Wasserkräfte, von künftiger Bedeutung. Erze aller Sorten finden sich auf dem Balkan in großen Mengen, und eine Reihe von Unternehmungen beschäftigt sich bereits mit der Ausbeutung — wenigstens eines Teiles — der reichsten Lager. Für die ärmeren war an eine Ausbeutung überhaupt nicht zu denken, da diese mit einer ganzen Reihe von Fabrikationen verbunden werden mußte, um sich rentabel zu gestalten. Es sei an die ungeheuren Mengen von Chromerzen erinnert, die sich im jugoslawischen Mazedonien finden und imstande wären, den Weltbedarf an Chromerzen zu decken. Eisenerze sind überall vorhanden und würden das Entstehen besonderer Eisenindustrien sicherlich lohnen. Auch die Förderung der Kohle könnte wenigstens soweit entwickelt werden, daß der Balkan seinen eigenen Bedarf deckt. Die Ausbeutung der Wälder, die sich in allen Balkanstaaten in großen Komplexen finden, verspricht ebenfalls eine große Rentabilität und wird auch mehr oder weniger schon betrieben. Die Ausnutzung von Wasserkraften, die auf dem südlichen Teile der Balkanhalbinsel aller-

dings nur in beschränktem Maße vorhanden sind, wird allmählich durchgeführt, könnte aber noch wesentlich beschleunigt und gesteigert werden. Es steht außer Frage, daß die Entwicklung aller dieser Industrieen das Ausblühen einer Anzahl von weiteren mittelbar oder unmittelbar damit verbunden zur Folge haben würde und zu einem industriellen Aufschwung überhaupt führen müßte.

Neben diesen rein sachlichen Erwägungen spielen auch andere Faktoren eine Rolle, die mit dem Charakter der Bevölkerung des Balkans und ihrer Fähigkeit, die neuen harrenden Aufgaben zu bewältigen, zusammenhängen. Bezüglich der Organisation und Ausdauer werden die verschiedenen, insbesondere leitenden Kreise sicherlich noch manches zu lernen und sich die Erfahrungen anzueignen haben, die eine sachgemäße Verrichtung der Arbeit fordert. Es wird notwendig sein, daß der Westen sie hierbei durch Anleitung und tatkräftige Hilfe unterstützt.

Die Frage, ob der Balkan für eine Ausnutzung rentable wirtschaftliche Werte in sich birgt, kann somit bejaht werden. Eine große Reihe von Reichtümern sind in ihm noch nicht erschlossen. Neben der Steigerungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Produktion liegt die industrielle Entwicklungsmöglichkeit durch Ausbeutung der natürlichen Bodenschätze und Kräfte, durch — zum großen Teil erst neu zu schaffende — besondere Industrieen. Es ist beachtenswert, daß kapitalkräftige Kreise des Auslands in letzter Zeit für die Balkanländer lebhaftes Interesse zeigen und an verschiedenen von ihnen mit Kreditangeboten herangetreten sind, wie beispielsweise an Rumänien und neuerdings auch an Bulgarien.

Es erhellt daraus der Anfang der Entwicklung, den die Wirtschaft des Balkans nehmen wird: die Entwicklung einer langsamen, aber stets fortschreitenden Industrialisierung neben einer normalen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion.

Curtius' erster Versuch gescheitert Die Entscheidung des Zentrums — Absage an Dr. Curtius

Berlin, 14. Januar. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat heute nachmittag nach kaum einstündiger Sitzung als Niederschlag der Beratungen der Fraktion folgendes Schreiben an Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius gerichtet:

Sehr verehrter Herr Minister!

Ich bestätige dankend den Empfang Ihres Schreibens vom 14. Januar des Jahres. Dasselbe ist Gegenstand eingehender Würdigung gewesen. Aus diesem Schreiben haben wir ersehen, daß Sie, Herr Minister, lediglich die Aufgabe übernommen haben, sachliche Verhandlungen zum Zwecke der Herbeiführung einer Koalition zu führen. Unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen unterliegt die von Ihnen beabsichtigte Regierungsbildung für uns nach wie vor den schwersten Bedenken, die Ihnen von unseren Beauftragten und auch namens unseres Herrn Parteivorstehenden Dr. Marx dem Herrn Reichsaussenminister Stresemann dargelegt worden ist. Wir halten den Versuch der Bildung einer Regierung der Mitte nach Lage der Dinge für den gegebenen Weg zur Beilegung der Krise. Wir können uns daher von einer Fortführung Ihrer Verhandlungen auf der Grundlage Ihres Schreibens vom 14. Januar keinen Erfolg versprechen. Ein Eingehen auf die in diesem Schreiben mitgeteilten Richtlinien dürfte sich demnach erübrigen.

Unterzeichnet ist der Brief von Herrn von Guérard als stellvertretendem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Reichstages

Curtius beim Reichspräsidenten.

Berlin, 14. Januar. Reichsminister Dr. Curtius berichtete heute abend dem Reichspräsidenten über die durch das Schreiben des Vorsitzenden der Zentrumsfraktion an ihn geschaffenen Lage und erklärte, daß damit sein Versuch der Bildung einer Wehrheitsregierung unter Zuziehung der Deutschnationalen gescheitert sei. Der Reichspräsident befiel sich seine weitere Entscheidung vor.

Nach dem Scheitern von Dr. Curtius.

Berlin, 14. Januar. Da der Reichspräsident Herrn Dr. Curtius erklärt hat, sich keine Entscheidung über die weitere Behandlung der Regierungsbildung vorbehalten zu wollen, wird in parlamentarischen Kreisen erwartet, daß neue Verhandlungen morgen vormittag bereits in Gang gebracht werden. Der Reichspräsident wird im Laufe des morgigen Sonnabends verschiedene Parlamentarier, darunter Herrn von Guérard empfangen, um sich mit ihnen über die Möglichkeiten weiterer Verhandlungen zu unterhalten. In parlamentarischen Kreisen schießt man aus der Tatsache, daß Dr. Curtius dem Reichspräsidenten bisher seinen Auftrag noch nicht zurückgegeben hat, daß die Verhandlungen auch morgen von Dr. Curtius weitergeführt werden, um nunmehr eine Regierung auf mittlerer Basis zu bilden, die sich im wesentlichen auf die Deutsche Volkspartei, Bayerische Volkspartei, Zentrum, Demokraten und wohl auch auf die Wirtschaftspartei stützen würde. Dieses so gebildete Kabinett würde dann vor den Reichstag treten, um sich für sein Arbeitsprogramm ein Vertrauensvotum zu erbitten. Da dieses Arbeitsprogramm in erster Linie außenpolitische und soziale Fragen umfaßt wird, rechnet man in Kreisen der Mittelparteien damit, ein Vertrauensvotum für das Kabinett zu erhalten.

Die Berliner Presse zur neuen Lage in der Regierungskrise.

Berlin, 15. Januar. Die Morgenblätter nehmen zur neuen Lage in der Regierungskrise, die durch die Rückgabe des Auftrages zur Regierungsbildung durch Dr. Curtius geschaffen worden ist, ausführlich Stellung:

Die Deutsche Allgemeine Zeitung sagt, der Mißerfolg Dr. Curtius' liege nicht bei ihm und wohl auch nicht in seinem Programm. Es wäre zweifellos bei einem größeren Entgegenkommen des Zentrums möglich gewesen, zu einer tragfähigen Regierungsmehrheit zu kommen. Nach Lage der Dinge bleibe ein Kabinett der Mitte mit Ablehnung nach rechts zurzeit der einzig gangbare Weg und man sollte nach wie vor alles daran setzen, ihn zu beschreiten. Wenn aber diese Lösung nicht ernstlich

angestrebt werde, so bleibe kein anderer Weg als die Auflösung des Reichstages.

Die Tägliche Rundschau sagt: Dr. Curtius könne ebenso wie die Fraktion der Deutschen Volkspartei auf die Regierungsvorhandlungen der letzten Tage mit dem Bewußtsein zurückblicken, daß alles getan worden sei, um die geplante Regierungsbildung zu einem guten Ende zu führen. Die Volkspartei werde den Gedanken der Großen Koalition wahrscheinlich ebenso ablehnen wie den Gedanken einer Koalition der Mitte unter Bindung nach links.

Die Deutsche Tageszeitung weist darauf hin, daß der Brief des Zentrums in erster Linie eine persönliche Ablehnung der Kandidatur des Wirtschaftsministers Dr. Curtius bedeute. Das Zentrum habe jetzt die Führung in der Hand. Die Deutschnationalen hätten niemals ihre Bereitschaft zur Mitarbeit nach sachlicher Einigung verweigert. Sie würden es auch unter anderer Führung nicht tun, wenn die Basis die gleiche bleibe. Allerdings würden sie doppelt vorsichtig in die Verhandlungen gehen, da sie nach den bisherigen Erfahrungen doppelt Gefahr liefen, Opfer von Querstreibern und Sabotageversuchen zum Zwecke ihrer grundsätzlichen Ausschaltung zu werden.

Der Lokalanzeiger sagt: Wenn bei dieser Sachlage das Zentrum die Forderung nach einer Regierung der Mitte gleichwohl aufgestellt habe, so dürfte man den Sinn dieses Verlangens darin zu suchen haben, daß das Zentrum den praktischen Nachweis einer Unmöglichkeit dieser Krisenlösung im einzelnen geführt wissen wolle, um danach seine Beschlüsse zu treffen.

Die Kreuzzeitung hebt hervor, das Zentrum habe sich in seinem Schreiben an Dr. Curtius die Möglichkeit eines Zusammenkommens mit den Deutschnationalen nicht verbaut. Die Deutschnationale Volkspartei verharre weiterhin in ihrer abwartenden Haltung.

Die Börsezeitung bedauert das Scheitern Dr. Curtius' und meint, Stresemann müsse nunmehr den Auftrag erhalten, unter Zuziehung der Deutschnationalen eine Regierung zu bilden.

Die Germania meint, dem Bernehmen nach habe die Antwort der Deutschnationalen den Mindestforderungen, die vom Standpunkt der bisher so erfolgreich geführten Politik der Mitte gestellt werden mußten, noch lange nicht genügt.

Die Bossische Zeitung sagt, das Ergebnis hätte schon im Dezember vorausgesagt werden können. Die Voraussetzung für ein Gelingen der Regierungsbildung durch das Zentrum bleibe, daß schon der Inhalt des Auftrags dem mit ihm Betrauten eine gewisse Ellenbogenfreiheit lasse, die Ausnutzung aller Möglichkeiten gestatte.

Das Berliner Tageblatt rechnet mit der Möglichkeit, daß Marx mit der Regierungsbildung beauftragt wird und meint, es würde zweifellos die vom Zentrum gewünschte Kabinettsbildung erleichtern, wenn die zu beauftragende Persönlichkeit von vornherein darauf verzichten würde, Dr. Geßler auf die Ministerliste zu setzen.

Der Börsenkurier sagt, der Beschluß des Zentrums sei nicht überraschend gekommen und bedauert, daß das Zentrum den Deutschnationalen keine klar formulierten Fragen vorgelegt habe.

Der Vorwärts meint, bisher habe sich die Krise nur im Kreise gedreht. Selbst wenn sich die Sozialdemokratie dazu entschließen könnte, ein neues Minderheitskabinett zu tolerieren, müßte sie zunächst diesen Entschluß von der Zusammenfassung dieses Kabinetts und seinem Programm abhängig machen.

Am kommenden Mittwoch Reichstagsbeginn.

Berlin, 14. Januar. Der Vorkonferenzrat des Reichstages beschloß heute, die erste Plenarsitzung des Reichstages, wie ursprünglich beabsichtigt, auf Mittwoch, den 19. Januar, nachmittags 3 Uhr anzusetzen. Tagesordnung: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Sollte sich die Neubildung der Regierung verzögern, so wird trotzdem an der Sitzung am 19. Januar festgehalten. Der Reichstag wird dann seine Beratung mit kleineren Vorlagen beginnen.